

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 27 / 2020

EMOTION, SPRACHE, POLITIK

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2019
- MUSICA PRO PACE 2019
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und der Präsidentin der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2019-2020

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Dr. Henning Buck, Univ. Osnabrück (Redaktion Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft)
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Thomas Groß, Rechtswissenschaften, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Johannes Hirata, Volkswirtschaftslehre, Hochschule Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Andrea Lenschow, Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück
Dr. Janina Majerczyk, Universität Osnabrück (Geschäftsführung Osnabrücker Friedensgespräche)
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Rea te Poel M.A., Universität Osnabrück (Mitarbeiterin der Geschäftsführung)
Prof. Dr. Chadi Touma, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück

Verantwortliche Redaktion: Dr. Henning Buck und Dr. Janina Majerczyk

Redaktionelle Mitarbeit: Dr. Henning Buck, Joachim Herrmann, Dr. Janina Majerczyk, Dr. Michael Pittwald, Rea te Poel, Jutta Tiemeyer

Bucheinband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe; Titelfoto: © Universität Osnabrück | Fabian - stock.adobe.com

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2019-2020 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche, Universität Osnabrück, Neuer Graben 29 / Schloss, D-49074 Osnabrück, Tel.: + 49 (0) 541 969 4208, E-Mail: ofg@uni-osnabrueck.de, Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2020

© 2020 Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen, mit Universitätsverlag Osnabrück. Alle Rechte vorbehalten.

Printed in the EU: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 0948-194X

ISBN 978-3-8471-1245-7

Inhalt

Vorwort.	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2019

<i>Das Endspiel. »Game Over« für die EU?</i> Mit Hans-Peter Martin	17
---	----

<i>Die Ängste der Deutschen. Macht Angst Politik?</i> Mit Cem Özdemir, Thorsten Smidt, Ruth Wodak.	43
---	----

<i>Integration in der Stadt: Wie kann sie gelingen?</i> Mit Thomas Groß, Dirk Hilbert, Markus Lewe	65
---	----

<i>Die Zukunft Europas. Europa sieht Deutschland. Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit</i> Von Jean Asselborn	89
---	----

<i>Türkische Identitäten in Deutschland</i> Mit Peter Bander mann, Meltem Kulaçatan, Hacı-Halil Uslucan.	101
---	-----

<i>»Oma, was ist ein Schneemann?« – Diskussion zum Thema Klimagerechtigkeit</i> Mit Nele Falkenreck, Lukas Köhler, Michael Kopatz, Karla Oberwestberg... 121	
---	--

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2019

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>»Dieser Krieg ist nicht unser Krieg!« – Friedensrufe der Dreißiger Jahre. Chorwerke von Barber, Eisler, Vaughan Williams und anderen.</i>	155
--	-----

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Nikola Kompa, Universität Osnabrück
*Die dunkle Seite der Sprache. Wie man mit Sprache verunglimpfen
und abwerten kann. Eine sprachphilosophische Betrachtung.* 173

György Széll, Universität Osnabrück
Hassbotschaften, das Internet und das Recht 187

Lucas von Ramin, Technische Universität Dresden
*Zum Verhältnis von Angst und Politik in Zeiten von Corona
Oder: Wie Angst zuweilen ein guter Ratgeber sein kann* 205

IV. ANHANG

Abbildungsnachweis 217



Dirk Hilbert, Martina Blasberg-Kuhnke, Markus Lewe, Thomas Groß

Integration in der Stadt. Wie kann sie gelingen?

Podiumsveranstaltung im Rathaus der Stadt am 9. Juli 2019

Dirk Hilbert

Oberbürgermeister von Dresden

Markus Lewe

Vizepräsident des Deutschen Städte-
tages, Oberbürgermeister von Münster

Prof. Dr. Thomas Groß

Rechtswissenschaftler, Universität
Osnabrück

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke

Universität Osnabrück,
Gesprächsleitung

Martina Blasberg-Kuhnke: Unsere Friedensgespräche sind immer zugleich auch Streitgespräche – das dürfen sie sein, und das sollen sie sein. Wir schätzen allerdings auch die Kultur, einander zuzuhören. Und heute möchten wir vor allem aus der Sicht unserer Podiumsgäste etwas zu ihrer Praxis mit Integration erfahren.

Mit dem folgenden Zitat aus dem Buch *Das Integrationsparadox* unseres Universitätskollegen für interkulturelle Erziehungswissenschaften *Aladin El-Mafaalani* möchte ich unser Gespräch eröffnen. Es lautet:

»Deutschland braucht mehr Streit, mehr Diskussionen, viel Offenheit und Toleranz. Denn eine Verdichtung der Streitthemen bei der Eingliederung von Migranten in die Gesellschaft ist nicht gleichbedeutend mit gescheiterter Integration.«¹

Integration heißt zunächst einmal, Menschen *aufzunehmen*. Dabei denken wir, der Aktualität entsprechend, in erster Linie an geflüchtete Menschen. Seit den Ereignissen im Jahr 2015 ging es primär um die Sicherstellung der Befriedigung elementarer Bedürfnisse nach menschenwürdiger Unterbringung, Kleidung, Nahrung. Was seinerzeit die Bundeskanzlerin mit ihrem Wort »Wir schaffen das!« begonnen hat, fordert jetzt den »langen Atem« – und das ist die eigentliche Herausforderung.

Integration ist ein Projekt von und für Generationen, und es stellt die Städte, die Bundesländer und den Bund vor große gesellschaftliche und politische Herausforderungen. Gefragt sind Konstellationen von Akzeptanz und vielfältige Un-

terstützung. Unser Fokus liegt indessen auch auf der Frage, was davon nicht gelingt, wo die Bedingungen schwierig sind und was Integration erschwert, verhindert oder sogar scheitern lässt. Es geht uns also wesentlich um die Herausforderungen und die Bedingungen des Gelingens von Integration. In den Medien und bei allen, die mit Integration zu tun haben, steht immer die Frage im Vordergrund, was *nicht* funktioniert. Fehlschläge fallen eben mehr auf, werden in den Medien intensiver diskutiert. Aber das, was klappt, was gelingt an Integration, verdient doch mindestens ebenso unsere Beachtung. Denn da werden vielleicht Beispiele, Modelle sichtbar, mit den vielfältigen Problemen umzugehen, und die wollen wir keineswegs unter den Teppich kehren. Vielleicht macht es auch Mut, ähnlich zu agieren oder ein eigenes passendes Modell zu entwickeln.

Tatsächlich gibt es in Deutschland Städte, in denen Integration mit größeren Herausforderungen verbunden ist als in anderen. Wir haben den Oberbürgermeister von Dresden eingeladen – Dresden, eine Stadt mit vielen Gesichtern, von PEGIDA-Demonstrationen bis hin zu Musterbeispielen gelingender Integration – und den Oberbürgermeister unserer Nachbarstadt Münster in seiner doppelten Eigenschaft als Oberbürgermeister sowie als langjähriger Präsident bzw. Vizepräsident des Deutschen Städtetages. Beide sind gebeten, die vielfältigen und sehr unterschiedlichen Wirklichkeiten von Integration in unseren Städten in den Blick zu nehmen. Dritter Gesprächspartner ist der Rechtswissenschaftler Thomas Groß, mit dem wir die Frage erörtern wollen, welche Rahmenbedingungen rechtlicher, gesellschaftlicher und politischer Art zu beachten sind, wenn Integration gelingen soll, und was Integration überhaupt bedeutet. Alle reden davon, jeder hat davon ein gewisses Verständnis – es geht aber auch darum, Sachverhalte zu klären.

Markus Lewe: Bei der Vorbereitung dieser Veranstaltung habe ich mir noch einmal die Frage gestellt, was es eigentlich ist, das unsere Städte ausmacht. Was gehört zu den Kern-Merkmalen einer Stadt? – Wer sich historisch mit der Entwicklung von Städten befasst, erkennt schnell, dass Städte immer nur dann erfolgreich waren, wenn sie sich so weit öffnen konnten, dass neues Wissen, neue Lebensformen und neue Kulturen immer wieder das Leben in der Stadt bereichert haben. Wo das nicht gelingen konnte und zur Abschottung Mauern um die Stadt herum gebaut wurden, haben Städte an Bedeutung verloren, sind verödet und untergegangen. Das neu Hinzukommen und die Durchmischung sind nichts Ungewöhnliches, sondern gehören zum Kern der Stadt als europäisches Kulturgut. Es ist nichts Ungewöhnliches, dass immer wieder Menschen unterschiedlicher Herkunft, Lebensformen, Religionen (oder ohne Religion) in einer Stadt zusammen treffen – egal, aus welchen Gründen sie auch immer hierherkommen. Sei es, dass sie hier ihr Glück suchen oder weil sie in ihren Herkunftsländern keine angemessenen Lebensbedingungen finden. Die Herausforderung ist die Frage,

wie es gelingen kann, dass diese Vielfalt, die da ist, sich in geordneten Bahnen bewegt. Wie gelingt es insbesondere denjenigen, die in ihrer Stadt *Heimat* erleben, weil sie schon länger dort leben, denen, die neu kommen, ein Stück *Zuhause* zu geben? Es ist sicher schwer, einem Menschen, der seine Heimat verloren hat, eine neue Heimat zu geben. Aber es muss doch möglich sein, ihm zumindest ein Zuhause zu geben, einen Ort der Geborgenheit, an dem dieser Mensch wieder mit sich in einen Frieden kommen kann und wo der Schmerz, der mit dem Verlust der eigenen Heimat verbunden ist, durch menschliche Nähe und Begegnungen mit denen, die schon in der Stadt leben, ein wenig gelindert werden kann. Wenn das gelingt oder wenigstens der Rahmen dafür existiert, dass es gelingen kann, ist eine wichtige Voraussetzung für Integration geschaffen.

In Münster haben wir dafür zugegebenermaßen recht gute Rahmenbedingungen. Leider gilt das nicht für alle Städte, wie ich als derzeitiger Vizepräsident des



Markus Lewe

Städtetages feststellen muss. Dennoch gibt es ein paar Grundbedingungen, die alle Städte erfüllen können. Dabei verkürzt die Frage, wie wir mit geflüchteten Menschen umgehen, das Problem. Die Frage muss stattdessen lauten: Wem *gehört* eigentlich die Stadt? Wer darauf als Kommunalpolitiker nicht die Antwort geben kann, dass sie *allen*

gehört, bekommt das Problem, dass es einem Teil der Stadtbevölkerung schwerfallen wird, neu ankommenden Menschen Raum zu geben. Diese Leute fragen dann nämlich: Was ist eigentlich mit mir? Wie steht es mit dem öffentlichen Raum? Nach welchen Regeln wird dieser bespielt? Wird der nur noch über Geld bespielt? Über Immobilien? Über nicht mehr bezahlbare Immobilien? Oder wird in einer Stadt auch so geplant, dass der öffentliche Raum für *alle* Platz bietet, sodass jeder die Chance und das Recht hat, von den vielfältigen Möglichkeiten des öffentlichen Raums Gebrauch zu machen? Ich glaube, dass dieser Aspekt in den letzten Jahrzehnten leider viel zu oft übersehen worden ist. Die Grundkonfiguration einer Stadt ist eben nicht mehr gleichgewichtig auszutarieren zwischen

einer gemeinwohlorientierten Nutzung hier und einer handelsorientierten Nutzung dort. Diese Balance bricht an der einen oder anderen Stelle auseinander. Heute fühlen sich tatsächlich Teile der Stadtbevölkerung ungerecht behandelt. Und wer sich ungerecht behandelt fühlt, sieht sich irgendwie als Opfer der Politik und neigt vermehrt dazu, sich enttäuscht von der Politik abzuwenden. Wenn dann politische Kräfte auftreten, die die herkömmlichen Parteien lautstark angreifen, sagt er: Jetzt zeige ich es den Eliten mal und wähle etwas Schöbigeres!

Eine der größten Herausforderungen besteht in der Frage, wie eine Stadt gestaltet wird. Viel zu lange wurde unterschätzt, wie wichtig die *social power* des Städtebaus ist. Schon beim Städtebau ist darauf zu achten, dass Städte Orte der Begegnung und Identifikationsorte brauchen. Es muss nicht alles Alte abgerissen werden. Es muss erlaubt sein, dass bestimmte Quartiere und Bauten auch Geschichten erzählen. Städte und Quartiere müssen die Möglichkeit bieten, als Bewohner stolz darauf zu sein und so auch eine Identität entwickeln zu können. Aus dieser Quelle heraus kann man etwas weitergeben – und sei es der Stolz, dass man anderen Menschen ein Stück Zuhause gibt.

Wird aber eine Stadt so konfiguriert, dass eine Shopping Mall nach der anderen gebaut wird, dass der öffentliche Raum zugepflastert wird, dass ein Parkplatz nach dem anderen entsteht und die Innenstadt zur Autobahn mit Wohnanschluss gemacht wird, dann werden die Begegnungsräume für die Menschen fehlen. Eine Stadt braucht Orte der Begegnung: Je vielfältiger, je komplexer eine Stadt wird, desto mehr brauchen wir diese Orte. Das können Parks, Kitas, Cafés sein. Aber es muss immer – und da komme ich wieder auf das Wesen der Stadt als europäisches Kulturgut – eine hohe Diversität, eine hohe Urbanität, eine hohe Aufenthaltsqualität da sein. Und letztlich muss es eine Stadt sein, in der man es auf engem Raum aushält, dass es soziale Interaktion gibt.

Heute erleben wir in vielen Städten vor allem Segregation. Die Schönen und Reichen wohnen in eigenen Vierteln und die weniger gut Betuchten in anderen. Diese Entwicklung nimmt leider zu und wird am Ende dazu führen, dass Ungleichheiten auftreten, die zu erheblichen Disbalancen führen. Mein Appell geht dahin, dass man beim Städtebau darauf achten muss, dass die Stadt auch wirklich allen gehört. Zwei Beispiele aus meiner Stadt Münster verdeutlichen das: Einen unserer alten Industriehäfen haben wir zu einer Kulturmeile umgebaut. Am Rand des Hafenbeckens gibt es eine Kaimauer von 1 Kilometer Länge, die jetzt als Sitzbank dient. Wer keine Lust oder kein Geld hat, in die neu eröffneten Cafés, Bars oder in das Theater zu gehen, kann dort – wie alle anderen – die wunderbare Atmosphäre genießen. Das ist nicht weltbewegend, aber eine wichtige Qualität und Aussage dieses Ortes. An einer anderen Stelle in der Stadtmitte gibt es einen großen Platz, der ziemlich unansehnlich geworden war und bebaut werden sollte. Schnell traten Großinvestoren auf den Plan und wollten dort Shopping-Malls errichten. Wir haben entschieden, dass es in einer wachsenden Stadt wichtig ist,

einen Platz für die Menschen zu schaffen – für Demonstrationen, für Theater, für Rekreation oder was auch immer. Die Stadt als Eigentümer konnte für den Verkauf von Grund und Boden deutlich weniger Geld erzielen. Nur am Rand gibt es nun eine Bebauung, im Mittelpunkt bleibt der freie Platz. Es waren schließlich die Bürgerinnen und Bürger, die mit den Füßen für diese Lösung gestimmt haben.

Es ist wichtig, den Wert eines Ortes in der Stadt von seinem Grundstückspreis zu unterscheiden. Wenn klar ist, wie wichtig die Rahmenbedingungen für die Grundkonfiguration einer Stadt sind, die eine Stadt für alle sein soll, dann wird man Möglichkeiten dafür erkennen, dass eine Grundstimmung entsteht, in der das Ankommen von geflüchteten Menschen nicht als Bedrohung, sondern als Chance wahrgenommen wird. Und dass man Vielfalt nicht als Bedrohung wahrnimmt, sondern als Potenzial und vielfach eben auch als Bereicherung.

Dafür sind gewisse Grundbedingungen herzustellen. In Münster haben wir vor 19 Jahren begonnen, uns intensiv mit der Aufnahme von geflüchteten Menschen zu befassen. Wir haben in umfassenden und partizipatorischen Prozessen mit der Bürgerschaft und verschiedenen *Stakeholdern* zusammengearbeitet. Daraus wurde ein Flüchtlingskonzept entwickelt, das im Kern eine dezentrale, betreute Flüchtlingsunterbringung vorsah. Mitten in den Wohngebieten sollten auch die geflüchteten Menschen wohnen. Das hat anfangs große Unruhe in den Quartieren und Wohnvierteln ausgelöst, sich aber sehr schnell als passabel erwiesen. Und im weiteren Verfahren sorgte dieses Konzept dafür, dass etwas sehr Wichtiges entstand: Vertrauen. Das hielt an, auch als im Jahr 2015 sehr viele geflüchtete Menschen kamen. Die Menschen bewahrten ihr Vertrauen, und die Idee der dezentralen Betreuung und Unterbringung von geflüchteten Menschen hat sich als absolut tragfähig gezeigt. Denn aus der Bevölkerung haben sich viele Ehrenamtliche gemeldet und gesagt: Wir wollen mit anpacken!

Vor einiger Zeit wurde berichtet, dass auf einem vor Italien liegenden Flüchtlingsschiff, das in keinem Hafen anlegen durfte, auch einige minderjährige Geflüchtete seien. Ich habe daraufhin für Münster unsere Bereitschaft erklärt, diese jungen Leute aufzunehmen. Sofort kamen Briefe und Emails von Bürgerinnen und Bürgern, die anboten, sie bei sich zu Hause aufzunehmen. Wenn Menschen sich solche Hilfe zu einem persönlichen Anliegen machen und damit auch die bürgerschaftliche Aufgabe erfüllen, Verantwortung zu übernehmen, dann ist das großartig. Ich glaube, unser Flüchtlingskonzept basiert auf einer Grundeinstellung, die in unserer Stadt von einer großen politischen Mehrheit getragen wird: Gleiche Chancen für alle, von Anfang an. Dafür ist wirklich viel Kraft aufzuwenden, und von Anfang an sollte auch Prävention vor negativen Entwicklungen in die Stadtentwicklung einfließen. Das Thema Bildung ist dabei nicht allein die primäre Aufgabe. Das Wichtigste ist Geborgenheit: Wie kann man Kindern von Anfang an einen Rahmen dafür geben, dass sie überhaupt aufnahmefähig für Bildung sind? Unser Grundsatz ›gleiche Chancen für alle‹ hat dazu beigetragen, dass auch

in dieser Hinsicht in Münster eine positive, zuversichtliche Grundstimmung besteht.

Die entstandenen Herausforderungen und auch solche, die künftig noch hinzukommen können, falls erneut viele geflüchtete Menschen zu uns kommen, müssen in ein vernünftiges System eingebunden werden. Wir haben das mit einem integrierten Flüchtlingskonzept geschafft. Unser *Leitbild Migration und Integration Münster* beteiligt regelmäßig hochgradig interdisziplinär alle Fachbereiche der Stadtverwaltung.² Auch in einem Zukunftsprozess *MünsterZukünfte 20/30/50* wird dies entsprechend begleitet.³ Wir müssen allerdings darauf achten, diesen Prozess immer wieder neu dialogisch fortzuentwickeln. Es gibt inzwischen eine ganze Reihe von Einrichtungen, die von geflüchteten Menschen selbst begründet wurden und teilweise mit Unterstützung entstanden sind. Dort sprechen Leute nicht nur *über* geflüchtete Menschen, sondern kommen mit ihnen persönlich in Kontakt. Das halte ich für viel wichtiger, als über sie zu sprechen. Es waren z.B. einige Restaurantbetreiber, die anboten, zusammen mit Geflüchteten tagsüber ein Integrationsprogramm zu starten, um ihnen die Chance zu geben, selbst ein Restaurant zu betreiben und kochen zu lernen. Abends kann man dort nun leckere Gerichte aus der arabischen Küche kosten. Es gehört eben auch dazu, das Zusammenleben zu ›schmecken‹. Das Miteinanderleben muss als normal erfahren werden und nicht bloß als hochkomplexe Sache mit übermenschlichen Anforderungen. Es gibt viele Beispiele dafür, dass das gelingt – auch in einfachen Begegnungen und kleinen Schritten. Es gibt viele Unternehmerinnen und Unternehmer in Münster, die dankbar sind, dass die Geflüchteten bei uns sind. Und wir haben deutlich mehr auf dem Arbeitsmarkt unterbringen können, als wir das vor ein paar Jahren für möglich gehalten haben.

Sicherlich gibt es auch Probleme. Ich halte es aber für gefährlich, das Bild auf die Probleme zu verengen. Ich glaube, wir müssen chancenorientiert handeln, und dazu sind wir – auch aufgrund unseres Wohlstands – in der Lage, zumindest in einigen Städten. Es gibt Städte, die schon länger vor erheblichen sozialen Anforderungen stehen und sich verständlicherweise damit schwertun, Zusätzliches zu leisten. Ich glaube aber, dass wir die Herausforderungen im Großen und Ganzen gut bestehen können. Zum Diskurs über den Umgang mit geflüchteten Menschen gehört, dass wir alle eine Haltung entwickeln, bei der wir wieder lernen zuzuhören. Das betrifft auch alle gesellschaftlichen und politischen Gruppen. Moralischer Rigorismus hilft in dieser Zeit nicht weiter. Andere von einer hohen moralischen Warte zu belehren, wie sie sich zu verhalten haben oder welches Verkehrsmittel sie zu benutzen haben, bleibt meist fruchtlos. Wir müssen besser zuhören. Wenn das nicht gelingt, wird es schwierig mit dem Miteinander und dem Zusammenhalt, der so wichtig ist für die Gestaltung der Zukunft.

In einigen Städten, die nicht zu den sogenannten Schwarmstädten gehören, in die es viele Menschen zieht, müssen uns negative Entwicklungen Sorgen bereiten.

Zu solchen Schwarmstädten gehören auch die Hochschulstädte, mehr noch aber jene Städte, die einstmals eine Industrieproduktion hatten und sich nun in einem Strukturwandel befinden. Auch einige Städte in Ostdeutschland erleben eine erhebliche Schrumpfung. In manchen Städten werden teilweise Wohngebiete frei, und in der Folge konzentrieren sich bestimmte Bevölkerungsgruppen in diesen Quartieren, wodurch die Integration an der einen oder anderen Stelle erschwert wird. Eine der herausragenden Aufgaben besteht aber in der Umsetzung des verfassungsmäßigen Auftrags der Wiederherstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, sowohl zwischen Stadt und (Um-)Land, als auch zwischen den Städten selbst. Man muss den Städten helfen, aus diesem Teufelskreis herauszukommen. Das geht nur, indem man ihnen hilft, von ihren Schulden herunterzukommen. Die Städte, die gigantische Kassenkredite haben, werden es alleine nicht schaffen. Denn wenn sie vor Ort etwa die Gewerbesteuer und die Grundsteuer erhöhen würden, kämen noch weniger Unternehmen dorthin, und es gäbe noch weniger Arbeitsplätze. Dann ist kein Geld mehr da für Kultur, für Sport – alle jene Dinge, die wichtig sind für den Zusammenhalt. Da muss ein Schuldenschnitt her, und der Bund muss sich höher an den Kosten für Unterkunft von Geflüchteten beteiligen. Darüber hinaus ist auch eine gewisse Solidarität unter den Städten erforderlich.

Die Städte mit einer Struktur, die sie benachteiligt, haben das nicht verdient, ebenso wenig, dass man arrogant mit dem Finger auf sie zeigt, weil dort Problemlösungen ausbleiben. Es gibt auch ermutigende Beispiele, wie etwa die Transformation der Stadt Dortmund. Die Stadt hat den Strukturwandel von einer Montanindustriestadt durchlebt. Durch einige wichtige Weichenstellungen bewegt sie sich nun weiter in Richtung einer *Smart City*, einer digitalen Stadt, ergänzt durch vernünftige Angebote von Sport und Kultur, Grünflächen und Ähnlichem. Erste Erfolge sind mittlerweile sichtbar.

All das zeigt, dass es nicht ausreicht, den Blick nur auf geflüchtete Menschen zu richten. Wir müssen weiter schauen: Wenn die in der Stadt ansässigen Menschen dort ein Stück Heimat und Identität finden, und zwar alle, dann sind sie eher in der Lage, denen, die keine Heimat mehr haben, ein Stück Zuhause zu geben.

Dirk Hilbert: Ich bin seit 2001 in Dresden an der Stadtspitze tätig. Damals war Dresden eine der hochverschuldeten Städte, und wir standen vor der großen Aufgabe, dieses Thema anzugehen. Dabei haben wir unserer Bevölkerung viel zugebetet: Wir haben die Grundsteuer auf den damals zweithöchsten Wert in Deutschland erhöht. Wir haben viele Sozialleistungen gestrichen. Wir haben diskutiert, Kulturstätten zu schließen. Wir haben die Verwaltung um ca. 1.000 Mitarbeiter reduziert, und wir haben Teilprivatisierungen vorgenommen. Außerdem haben wir in einem nicht unumstrittenen Prozess alle unsere kommunalen Wohnungen

verkauft. Im Ergebnis ist Dresden seit 2006 die erste deutsche Großstadt, die völlig schuldenfrei ist. Das gelang innerhalb von fünf Jahren – eine gewaltige Anstrengung –, und diesen Status haben wir in den vergangenen 13 Jahren verteidigt. Aber ich möchte betonen, dass wir deswegen noch lange nicht ›reich‹ sind.

Die politische Wiedervereinigung stellte unsere Stadt vor große Herausforderungen. Ein Großteil der Industriearbeitsplätze fiel weg, und mit dem Wegfall der Arbeitsplätze gingen insbesondere junge Menschen dorthin, wo sie Arbeit finden konnten. In den 1990er Jahren haben wir sehr viel Bevölkerung eingebüßt. Erst 1999 kam der Wendepunkt. Seitdem verzeichnen wir wieder kontinuierliches Wachstum. Heute sind wir Dresdner mit ca. 560.000 Einwohnern fast 100.000 Einwohner mehr, als wir Ende der 1990er Jahre waren – ein alles in allem positiver Wandel.

Vor diesem Hintergrund erleben wir nun, dass dort, wo in Deutschland die Bevölkerungsanteile von Ausländern bzw. Migranten besonders niedrig sind, die größten Vorurteile unter den übrigen Bewohnern grassieren, und so ist es auch bei uns. Im Jahr 1992 lag der Migrationsanteil bei 1,7%. Zu DDR-Zeiten hatten wir üblicherweise Gastarbeiter aus Vietnam, Kuba, Mosambik oder Angola. Damals war aber nicht ›Integration‹ das Thema. Sie waren als Arbeitskräfte gekommen und meistens separiert untergebracht. Eine andere Gruppe von Ausländern waren die Angehörigen der Sowjetarmee, auch sie lebten separiert. Interaktion war mit beiden Gruppen nicht gewünscht. Mit der Wende wurden die meisten Ausländer in ihre Herkunftsländer zurückgeführt – mit Ausnahme eines großen Teils der Vietnamesen, die in Ostdeutschland geblieben sind. 1992 hatten wir 1,7% ausländische Mitbürger, das waren 8.200 Personen. Davon kamen 17%, nämlich 1.400 Menschen, aus Vietnam. Während der 1990er Jahre stieg der Ausländeranteil nur langsam. Im Jahr 2000 betrug er 2,8%. Der Zuwachs kam im Wesentlichen mit dem Zuzug der Russlanddeutschen in den 1990er Jahren zustande. In den 2000er Jahren kam es zu einem weiteren leichten Anstieg, der im Wesentlichen darauf zurückzuführen war, dass sich Dresden als Wissenschafts-, Kultur- und Innovationsstadt profilierte. Internationale Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiter großer Unternehmen kamen in die Stadt. Wir bewegten uns sukzessive auf 4% ausländische Mitbürger zu.

In den Jahren zwischen 2012 und 2018 haben wir innerhalb kürzester Zeit eine Verdoppelung dieses Anteils erlebt – wohl wissend – auf weiterhin vergleichsweise niedrigem Niveau. Aber wir haben eben erleben dürfen, dass wir Menschen aus Nationen in unsere Region bekamen, mit denen es bisher keine erlebte Erfahrung gab. Heute sind die *Top Five* der Herkunftsländer, aus denen Menschen in unsere Stadt zugezogen sind: erstens und mit weitem Abstand Syrien mit 4.900, dann China mit 2.700, dann Russland mit 2.500, Polen mit 2.000, Afghanistan mit 1.700. Die Vietnamesen kommen erst auf Platz 6.

Diese Entwicklung bedeutete eine große Herausforderung: Wie gestalten wir es, dass die Bevölkerung in diesem Prozess mitgenommen wird? Wir erlebten und



Dirk Hilbert

zu werden. Wir sahen harte Risse durch die Familien, durch Freundeskreise gehen. Wir haben daraufhin zunächst einmal eingeladen, die Konflikte mithilfe der Kirche gemeinschaftlich zu klären. Das erste Ziel dabei war, dem Gegenüber Respekt entgegenzubringen und ihm erst einmal zuzuhören. Daraus sollten dann gemeinschaftliche Strategien entwickelt werden.

erleben weiterhin eine gesplante Stadt. So etwas war schon mehrmals vorgekommen, nicht nur beim Thema Migration. Man wird sich erinnern: Wir wollten eine Brücke über die Elbe bauen, und über Pro und Contra ergab sich eine Zweiteilung in der Bevölkerung. Wir wollten eine Autobahn bauen, da gab es das ebenfalls. Wir mussten erst wieder lernen, miteinander gesprächsfähig

Welche Schritte haben wir bisher unternommen, und was sind die Erfolgsfaktoren für das Thema Integration? Wie wurde es überhaupt möglich, den großen Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland zu bewältigen? Hier sind zum einen das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement zu nennen, und zweitens das kommunale Engagement; beides war erforderlich. Es gab glücklicherweise in unserer Stadt unwahrscheinlich engagierte Bürgerinnen und Bürger in allen Stadtteilen, die daran großen Anteil hatten. Und das weitere Erfolgsrezept war, dass wir über alle Institutionen hinweg eng zusammengearbeitet haben, sei es das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Landesbehörden, die Agentur für Arbeit oder die städtischen Behörden. Wir haben einen Lenkungsausschuss gebildet, in dem wir uns abgestimmt und gemeinsame Strategien entwickelt haben. Heute bin ich als Oberbürgermeister stolz darauf, wie viele Flüchtlinge bereits in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gerückt sind. Dies sind in der kurzen Zeit weit mehr geworden, als man zunächst vermutet hatte, nämlich über 20%. Insgesamt ist das ein guter Wert. Und viele weitere sind noch in der sprachlichen Ausbildung.

Parallel dazu haben wir uns bemüht, das Engagement der Bürgerschaft und von Unternehmen hoch zu halten. Vor drei Jahren haben wir einen Integrationspreis ins Leben gerufen, um dieses Engagement entsprechend zu würdigen. Ebenso wie in Münster wurde in unserer Stadt ein dezentrales Unterbringungskonzept verfolgt. Zwei Drittel aller Geflüchteten konnten in Wohnungen untergebracht werden – obwohl wir keine städtische Wohnungsbaugesellschaft mehr haben. Die private Wohnungsgesellschaft hat uns sehr engagiert unterstützt. Das hat sehr viel zur Akzeptanz beigetragen.

Persönlich bin ich häufig bei Begegnungen in den *Communities* der Geflüchteten, um bei deren Selbstorganisation zu helfen. Anfangs hatten wir gerade bei den für Dresden neuen Migrationsgruppen, die stark in unsere Stadt gekommen sind, deren Geistliche als Ansprechpartner. Wir brauchen zwar Ansprechpartner, aber die Menschen sollten auch versuchen, sich gegenseitig zu unterstützen. Mir liegt daran, die Organisation der betreffenden Volksgruppen zu fördern. Die eigene Sprache, die eigene Kultur sollte gepflegt werden, um sich erfolgreich zu integrieren. Wir haben eine ganze Reihe von Veranstaltungen kreiert, die ermöglichen sollen, Begegnungen zu fördern, seien es die ›Interkulturellen Tage‹ oder die ›Interreligiösen Friedenskonzerte‹. Besonders stolz bin ich auf ein Veranstaltungsformat, bei dem jüdische und muslimische Gemeinden zusammen das Neujahr begehen. Jede Seite geht dabei einen Schritt auf die andere zu. Keine der Gemeinden würde eine solche Veranstaltung aus eigener Initiative machen. Aber aus Respekt vor den anderen gestalten sie sie gemeinschaftlich, und das ist ein ganz wesentlicher Beweggrund, Integration erfolgreich zu leben.

Im Jahr 2019 haben wir eine neue Bildungsstrategie verabschiedet. Wir wollen Förderung nicht mit der sprichwörtlichen Gießkanne über die Stadt verteilen, sondern uns in besonders herausfordernden Stadtgebieten besonders engagieren. Dort wo wir städtische Kitas und Schulhorte unterhalten, wollen wir die Betreuungskapazitäten verdoppeln. Mit verbesserten Rahmenbedingungen wollen wir junge Leute aus den Elternhäusern, die ihrer Funktion nicht adäquat gerecht werden, auf den Weg bringen, damit sie eine faire Chance haben und nicht in den Sozialsystemen landen und damit die Sozialbiografien ihrer Eltern fortsetzen. Die Jugendlichen sollen ihren Einstieg in ein selbstbestimmtes Leben selbst gestalten. Wir hätten uns gewünscht, dass unser Bundesland das unterstützen kann. Aber das Land hat genügend Probleme damit, adäquat Lehrpersonal zur Verfügung zu stellen. Wir versuchen nun, über gewisse Assistenzsysteme in der Schule entsprechende Angebote zu machen.

Auch in Dresden erleben wir eine zunehmende Segregation in der Stadt. Mit Instrumenten wie der Bildungsstrategie versuchen wir dem entgegenzuwirken. Bei allem Engagement und vielen tollen Beispielen, die wir bei Migranten erleben, sehen wir natürlich auch, dass es Leute gibt, die sich nicht an Regeln halten. Diese stellen oft von ihrem Vorbildungsgrad her eine besondere Herausforderung

dar, was ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt angeht. Hier gibt es weiterhin das Problem der Anerkennung von Vorqualifikationen. Wir sehen auch die Schwierigkeiten, die Migrationsvereine haben, wenn sie nach Räumen als Treffpunkte suchen. Und wir sehen in der Stadtgesellschaft einen Alltagsrassismus und eine Enthemmung, die insbesondere mit dem Aufkommen von PEGIDA und AfD zugenommen haben. Aus all diesem ergeben sich gravierende Herausforderungen für das Zusammenleben in der Stadt, auch für die Verantwortungsträger.

Schauen wir auf das Heute und das Morgen: Einer unserer Schwerpunkte, die wir uns selber setzen, ist es, das Demokratiedefizit abzubauen. Wenn man wie ich in der DDR groß geworden ist, hörte man im Elternhaus oft die Mahnung: Halte dich fern von der Politik, geh da bloß nicht hin! Meine Eltern haben diese Haltung erst abgelegt, als ich schon 15 Jahre in der Kommunalpolitik tätig war und 2015 zum Oberbürgermeister gewählt wurde. Vorher hieß es immer: Junge, mach etwas Vernünftiges! Wieso musst du in der Politik sein?

Leider ist das Thema ›Bürgerschaftliches Engagement und aktive Mitwirkung in der Gesellschaft‹ in den Nachwendejahren vernachlässigt worden. Deswegen richtet sich das Augenmerk in unserer Stadtpolitik ganz wesentlich darauf, Beteiligung einzufordern und zu ermöglichen. Wir haben in diesem Jahr die Direktwahl der Ortschaftsräte eingeführt, die vorher vom Stadtparlament besetzt wurden, und ihnen ein eigenes Budget zur Verfügung gestellt. Wir sind eine von sechs deutschen Städten, die als ›Zukunftsstadt‹ beim Bundesforschungsministerium ausgezeichnet wurden, weil wir einen Prozess umgesetzt haben, der eine Reihe von Beteiligungsformaten vorsieht. Diese bringen wir nun in die Breite der Stadtgesellschaft. Die Leute sollen lernen, Gleichgesinnte zu suchen, und die Ärmel hochkrepeln, wenn ihnen etwas unter den Nägeln brennt. Und sie bekommen die Förderinstrumente, das Entsprechende zu beseitigen. Das hat dazu geführt, dass wir bei der Europawahl wie auch bei der Kommunalwahl die höchste Wahlbeteiligung aller Großstädte in ganz Deutschland hatten und die höchste Wahlbeteiligung in Sachsen mit nahezu 70%. Darauf können wir wirklich stolz sein.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir das Thema ›Interkulturalität‹ stark fördern. 2017 haben wir begonnen, ein finanziell gut ausgestattetes Schüleraustauschprogramm mit unseren Partnerstädten zu initiieren. Und wir veranstalten eine ganze Reihe von Projekten eines gemeinschaftlichen Miteinanders. Internationale Studierende, die in Dresden ankommen, erhalten von uns, zusammen mit dem Citymanagement überreicht, ein *Welcome Package*.

Wieder stärker adressieren wollen wir das Thema ›Kommunale Entwicklungshilfe‹. Wir haben eine Partnerschaft mit der Stadt Brazzaville in der Republik Kongo, die seit 1975 hauptsächlich auf dem Papier existierte. 1980 war zuletzt eine Delegation aus Dresden dort. Inzwischen haben wir uns vorgenommen, dort verschiedenste Projekte mit den Schwerpunkten Schulaufbau, Schulengagement und Austausch zu starten. Das alles mündet in ein großes Konzept, in dem wir uns

im Moment engagieren, und das ist die Bewerbung für die ›Kulturhauptstadt Europas 2025‹. Dabei bündeln wir eine ganze Reihe von Partizipations- und Integrationsprozessen in der Leitidee mit dem Titel: *Neue Heimat Dresden 2025*. Und genau mit den Fragestellungen, die der Kollege Lewe angesprochen hat, wollen auch wir uns auseinandersetzen. Zur Hälfte wird der gesamte Prozess in partizipativer Weise gestaltet. Dabei beschäftigen uns sehr die Wege, wie wir die Bevölkerung einbinden können. Wie können die Begegnungsorte entstehen, die wir dafür benötigen? ›Neue Heimat‹ ist Dresden eben nicht nur für diejenigen Familien, die seit Generationen in der Stadt leben, sondern auch für diejenigen, die aus allen Regionen dieser Welt in unsere Stadt gezogen sind. Heute leben hier 49% gebürtige Dresdner, in der Mehrheit sind diejenigen 51%, die zugezogen sind.

Thomas Groß: Ich will mich zunächst abstrakt und aus juristischer Sicht mit dem Begriff der Integration befassen. Was bedeutet eigentlich ›Integration‹? Schlägt man in Lexika nach, so scheint der Begriff zu besagen, dass dabei aus bisher disparaten Teilen ein harmonisches Ganzes entstehen soll. Aber gibt es dieses harmonische Ganze überhaupt?

Wer nach rechtlichen Grundlagen sucht, findet seit Inkrafttreten des *Zuwanderungsgesetzes* im Jahr 2005 eine Regelung über Integration im 3. Kapitel des *Aufenthaltsgesetzes*. Das Gesetz selbst enthält allerdings keine Definition dessen, was Integration eigentlich bedeutet. Es verweist nur darauf, dass sie das wirtschaftliche, das kulturelle und das gesellschaftliche Leben betrifft. Das im Gesetz vorgesehene, zentrale Instrument ist die Einführung von ›Integrationskursen‹. Diese dienen dazu, den betreffenden Ausländern Sprache, Rechtsordnung, Kultur und Geschichte Deutschlands zu vermitteln. Mittlerweile gibt es in vier Bundesländern Landesintegrationsgesetze, unter anderem in Nordrhein-Westfalen. Auch in Schleswig-Holstein soll ein solches Gesetz jetzt erarbeitet werden. Erstaunlicherweise hat ebenfalls keines dieser Landesgesetze eine klare Definition dessen, was unter Integration zu verstehen ist. Es gibt zwar ein paar Anhaltspunkte in den genannten Zielen, aber deutlich erkennbar wird das nicht. In den Gesetzen in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg liegt ein Schwerpunkt auf der ›Teilhabe‹ bzw. ›Partizipation‹. Bayern dagegen setzt stärker auf Assimilation und Integrationspflichten. Eines der Ziele aus dem *Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen* vom 14. Februar 2012 lautet, »die soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern«.

Wer genauer hinschaut, bemerkt, dass diese Regeln über die Integration eine doppelt asymmetrische Struktur haben. Zum einen werden die Regeln von der Parlamentsmehrheit auf Bundes- oder Landesebene bestimmt. Diese vertritt aber, wegen der Beschränkung des Wahlrechts auf deutsche Staatsangehörige, gerade

nicht die ausländische Bevölkerung. Genau die von den Integrationsregeln betroffenen Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht haben, können sich zwar im Vorfeld über ihre inzwischen vielfältig vorhandenen Interessenvertretungen zu Wort melden. Sie bleiben aber von der Entscheidung selber ausgeschlossen. Zum anderen ist das in Deutschland verfolgte Integrationskonzept asymmetrisch, weil individuelle Rechtsfolgen regelmäßig nur für Ausländerinnen und Ausländer festgelegt werden. Sie müssen Sprachkenntnisse erwerben und die anderen genannten Kenntnisse, in den Bereichen Recht und Geschichte etwa. Das ist auch notwendig, wenn sie ihren Aufenthalt verlängern oder eine Niederlassungserlaubnis erwerben wollen oder um ihren Aufenthalt in ein unbefristetes Aufenthaltsrecht zu überführen. Nach der neuesten Änderung des *Staatsangehörigkeitsgesetzes* müssen sie für den letzten Schritt der Integration: die Einbürgerung, also den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit, neben all diesen Kenntnissen auch noch nachweisen, dass sie sich in die deutschen Lebensverhältnisse einfügen – was auch immer das heißt.

Auf der anderen Seite gibt es ja durchaus auch integrationsunwillige Deutsche mit xenophober oder rassistischer Einstellung. Sie müssen keine Konsequenzen fürchten, sofern sie nicht die Grenze des strafrechtlich sanktionierten überschreiten, etwa in Form von Äußerungen, die Volksverhetzung darstellen. Integrationsmaßnahmen wie etwa die, eine fremde Sprache zu lernen oder einen Integrationstest über Recht, Geschichte oder anderes zu bestehen, werden von Deutschen nicht verlangt. Das wäre allerdings auch nicht sinnvoll und überdies grundrechtlich problematisch. Aber es macht deutlich, dass die Pflichten asymmetrisch verteilt sind. Man könnte es so zuspitzen: Die einheimische Mehrheit legt einseitig fest, wie sich die eingewanderte Minderheit verhalten muss, damit Integration gelingt. So formuliert, ist das Ganze vielleicht doch nicht ganz so harmonisch.

Der oben zitierte Kollege El-Mafaalani sagt in seinem Buch über das ›Integrationsparadox‹ vollkommen zu Recht, dass gerade ›gelingende‹ Integration eher noch zu einer Zunahme von gesellschaftlichen Konflikten führen wird, weil dadurch die Diversität der Gesellschaft größer und deutlicher wird. Zudem werde gerade der durch gelingende Integration geförderte soziale Aufstieg von Einwanderinnen und Einwanderern zu verstärkten Konkurrenzsituationen führen. Sein einleuchtendes Beispiel dazu: Solange muslimische Frauen mit Kopftuch – und eine Einwanderung aus der Türkei gibt es seit den 1960er Jahren – sich darauf beschränkt haben, Putzdienste und ähnliche Hilfsarbeiten zu übernehmen, hat sich daran niemand gestört. Als einige ihrer Töchter angefangen haben, zu studieren und mit Deutschen auf dem akademischen Arbeitsmarkt zu konkurrieren, begannen die Deutschen, sich an ihrem Auftreten zu stören. Es ist sicher kein Zufall, dass der erste Fall eines Kopftuchverbotes, der bis zu den höchsten Gerichten durchgefochten wurde, eine Referendarin, also eine akademisch ausgebildete Lehrerin betraf, die Afghanin *Fereshta Ludin*. Integration führt also keineswegs

zu ›Harmonie‹. Außerdem kommen ja permanent neue Migrantinnen und Migranten hinzu, in schwankender Anzahl. Der Glaube, dass Migration irgendwann einmal aufhört, ist historisch eindeutig widerlegt. Deswegen muss man realistisch sagen, dass Integration kein Ziel ist, das jemals vollständig erreicht werden kann, sondern ein ständiger Prozess innerhalb einer dynamischen Gesellschaft. Es wäre eine Illusion zu glauben, dieser Prozess könne irgendwann erfolgreich beendet werden. Wenn dieser Prozess, jedenfalls so gut wie immer, ohne gewaltsame Konflikte durchgeführt werden kann, ist das schon ein Erfolg.

Was die Aufgaben der Kommunen angeht, so war darüber und über die praktischen Anstrengungen, die dort unternommen werden, schon einiges zu erfahren. Vieles davon ist auch Gegenstand von Regelungen in Landesgesetzen. Dort ist meist auch das Ziel einer ›interkulturellen Öffnung‹ der Verwaltung zu finden. Es ist bekannt, dass die Förderung der interkulturellen Kompetenz der Beschäftigten eine Aufgabe ist, der man sich durchaus widmen muss. Gerade in den Ausländerbehörden, mit denen alle ausländischen Mitbürgerinnen und Mit-



Thomas Groß

bürger zu tun haben, herrscht häufig ein ruppiger Ton. Ein weiteres, für die Verwaltung häufig genanntes Ziel ist die Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Darum bemüht sich eine zunehmende Zahl von Städten. Zu unterstreichen ist schließlich, dass die Aktivierung der Betroffenen gerade auf der kommunalen Ebene von großer Bedeutung ist, damit sie ihre Interessen selbst vertreten können. In verschiedenen Bundesländern gibt es dafür zum Teil schon seit Jahrzehnten Ausländer-, Migrations- oder Integrati-

onsräte. In einigen Ländern ist ihre Einrichtung jedenfalls in den größeren Kommunen obligatorisch, z.B. in Hessen oder Nordrhein-Westfalen, in anderen ist sie freiwillig, wie etwa in Niedersachsen. In einigen Fällen werden die Mitglieder dieser Räte vom Rat bestellt aufgrund von Vorschlägen oder Bewerbungen – so auch der Migrationsbeirat in Osnabrück. Zum Teil werden die Mitglieder in allgemeiner Wahl bestimmt, meist durch die ausländische Bevölkerung oder manchmal auch etwas weiter gefasst. Ein Problem hierbei ist, dass in vielen Städten die Wahlbeteiligung rückläufig ist. In Hessen etwa waren bei der letzten Wahl im Jahr 2015 in vielen Städten nur noch einstellige Prozentzahlen für die Wahlbeteiligung

für diese Gremien zu verzeichnen. Einen Minusrekord von 2,1% gab es in Offenbach. Es gibt auch positive Beispiele: Im Jahr 2014 nahmen in der rheinland-pfälzischen Stadt Alzey 47,5% der Berechtigten an der Wahl teil. Das sind Zahlen, die wir oft auch bei Kommunalwahlen verzeichnen. In Dresden lag die Wahlbeteiligung zuletzt bei 10%, in Münster immerhin bei 20%. Ob solche Gremien erfolgreich sind, hängt stark vom kommunalpolitischen Klima ab und vom Ausmaß des Engagements gerade im Kreis der Menschen mit Migrationshintergrund.

Neben der Teilhabe, wie auch immer sie organisiert wird, sind praktische Maßnahmen für die Integration wichtig. Ein zentrales Element jeder Integrationspolitik muss sein, Segregation zu reduzieren. Das kann man in vielfältigen Politikfeldern tun, etwa in der Stadtplanung, bei der Unterbringung von Flüchtlingen und bei der allgemeinen Wohnungspolitik. Hierbei ist in vielen Städten wieder stärkerer Handlungsbedarf deutlich geworden. Weitere Tätigkeitsfelder, die besonders für den Spracherwerb ganz wichtig sind, sind die Kinderbetreuungseinrichtungen, von denen möglichst viele Kinder erreicht werden müssen. Das alles muss natürlich finanziert werden, ebenso wie eine Schulpolitik, die Segregation verhindert. Das gelingt offensichtlich am besten in Gesamtschulen. Aber das ist nicht zuletzt hier in Osnabrück ein kontroverses Thema und macht deutlich, dass in der Frage, wie Integration konkret funktioniert, keine Harmonie herrscht, sondern dass wir uns darüber streiten müssen, wie sie am besten gelingt.

Martina Blasberg-Kuhnke: Alle drei Statements enthielten die Stichworte ›Teilhabe‹ bzw. ›Partizipation‹, ›Abbau von Segregation‹ und ›Demokratiedefizite‹. Auch im Rat der Stadt Osnabrück sind Menschen mit Migrationshintergrund derzeit nicht vertreten. Das ist ein Symptom dafür, dass es immer noch schwierig ist, tatsächlich Teilhabe und Partizipation gerecht zu ermöglichen. Wie hoch ist der Anteil der Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in Dresden und Münster? Wo sehen Sie aufgrund der Erfahrungen in beiden Städten die größten Schwierigkeiten für Beteiligung, Partizipation und für die Artikulation von Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund und von geflüchteten Menschen?

Markus Lewe: Neu hinzukommende Bewohner unserer Städte müssen ein Gespür dafür bekommen, wie in Deutschland und in den jeweiligen Städten solche Prozesse überhaupt stattfinden. In ihren Herkunftsländern gibt es oft ganz andere Formen der Partizipation. Deshalb ist es wichtig, im Sinne einer ganzheitlichen Betreuung – auch und gerade in den Einrichtungen, in denen die geflüchteten Menschen untergebracht sind – von Anfang an, quasi im Mikrokosmos, solche demokratisch-partizipatorischen Formen zu vermitteln, einzuüben und zu einer Grundhaltung werden zu lassen. Das zu leisten, ist eine Frage der Betreuung und eines ganzheitlichen Konzepts, so wie wir es verfolgen. Andererseits sollen die

Menschen sich in gewisser Weise selbst verwalten, um Verantwortung wahrzunehmen. Sie sollen sich zusammenschließen und merken, dass man gemeinsam klarer in der Artikulation ist und seine Interessen besser artikulieren kann. Dafür müssen wir die entsprechende Infrastruktur und Beratung zur Verfügung stellen. Und dazu gehören gute Kommunikationsmöglichkeiten wie etwa die WLAN-Ausstattung in den Gebäuden, in denen geflüchtete Menschen untergebracht sind. Das Wichtigste ist aber, Demokratie von Anfang an zu lernen. Nicht alle geflüchteten Menschen stammen aus demokratischen Staaten, in denen eine demokratische Kultur vorhanden ist. Das muss teilweise eingeübt werden, mit allen Rechten, aber auch Pflichten.

Dirk Hilbert: Ich spreche fast wöchentlich mit den *Communities*, die mit nennenswerter Anzahl neu in unserer Stadt sind, mit Iranern, Somaliern, Eritreern oder Afghanen. Es geht mir darum, sie bei der Selbstorganisation zu unterstützen, damit sie z.B. Vereine gründen können. Sie sollen sich gegenseitig unterstützen können bei Behördengängen, was am Ende unsere Arbeit leichter macht. Wir assistieren beim Suchen nach Räumlichkeiten. Auch dass sie ihre eigene Kultur und Sprache pflegen können, ist sehr wichtig. Im Rahmen unserer Bildungsstrategie wollen wir in unseren Kindergärten verstärkt *native speakers* aus den Hauptnationen einstellen, aus denen wir Zuwanderung haben. 2016 fand in Dresden eine europäische Bürgermeisterkonferenz statt. Mir imponierte damals der Kollege aus Graz in Österreich. Er berichtete von den dortigen, sehr guten Erfahrungen damit, den jungen Leuten Unterstützung bei der Pflege der Muttersprache zu geben. Auf diesem Weg lernen sie auch die Sprache des Landes, in dem sie zu Gast sind, viel besser.

Martina Blasberg-Kuhnke: Herr Lewe, in Münster wird Ihr Konzept in städtischen und kommunalen Einrichtungen umgesetzt. Sie arbeiten aber auch mit freien Trägern, mit Initiativen und Kirchen zusammen, die ja oft Träger von Kindertageseinrichtungen sind. Tatsächlich ist offenbar gerade der Prozentanteil von Kindern mit Migrationshintergrund in konfessionellen Einrichtungen eher geringer. Wie gehen Sie damit um?

Markus Lewe: Für städtische und konfessionelle Einrichtungen gelten die gleichen Rahmenbedingungen. In den städtischen Tageseinrichtungen für Kinder schulen wir unser Personal entsprechend. Entscheidend ist ja, wie mit den Kindern von Anfang an umgegangen wird, egal, in welchem Alter sie zu uns kommen. Wir schauen, wie es dem Kind geht. Wir arbeiten mit den Kliniken zusammen, weil die Kinder oft traumatisiert sind, weil auch Eltern traumatisiert sind oder Kinder dabei sind, die ihre Eltern verloren haben. Wir müssen das Kind als Persönlichkeit sehen und individuelle Lösungen finden. Das ist sehr anspruchsvoll und nicht ganz preiswert. Es geht darum, ein Portfolio an Möglichkeiten bereitzustellen,

weil manche Eltern bzw. Elternteile gar nicht wissen, dass es so etwas überhaupt gibt.

Martina Blasberg-Kuhnke: Spielen dabei die freien Träger mit? Sind Sie in Münster oder in Dresden in einem Diskurs mit den freien Trägern, damit solche Konzepte entwickelt und durchgängig wirksam werden können?

Dirk Hilbert: Ich sehe jetzt nicht, dass die freien Träger sich entsprechenden Entwicklungen gegenüber sperren.

Markus Lewe: Das sehe ich auch nicht, im Gegenteil. Jeder hat natürlich andere Ideen, aber der Grundansatz ist der gleiche. Und je höher und diverser die Angebote sind, ist das ja auch ein Wettbewerb um die guten Angebote.

Martina Blasberg-Kuhnke: Ein Ereignis, das die Öffentlichkeit sehr beschäftigt hat, war der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten *Walter Lübcke*. Befragungen zeigen, dass es reale Bedrohungslagen für politisch Engagierte gibt, zu denen Sie als Oberbürgermeister von Städten zählen, die nach vorne treten und für Integration, für Umgang mit Heterogenität und Vielfalt, für ein aufgeschlossenes gesellschaftliches Klima gegen Alltagsrassismus eintreten. Wie gehen Sie damit um?

Dirk Hilbert: Ich bin schon im Wahlkampf damit offen umgegangen. Meine Frau ist gebürtige Südkoreanerin, sie wusste, auf was sie sich einlässt. Wir Politiker stehen in der Öffentlichkeit und haben auch mal ein bisschen stärkeren Wind auszuhalten. Mit dem Mord an Walter Lübcke – und an unserem Danziger Kollegen *Pawel Adamowicz* – ist die Schwelle zum Gewaltverbrechen überschritten. Wenn Kommunalpolitiker, die sich für ihre Gemeinde engagieren, wenn sie eine andere Meinung vertreten, als man selber hat, umgebracht werden, muss der Staat mit allen entsprechenden Mitteln sein Gewaltmonopol einfordern.

Markus Lewe: Das sehe ich genauso. Persönlich werde ich nicht bedroht, aber möglicherweise ignoriere ich es nur. Es gehört heute dazu, persönliche Anwürfe von Kritikern auszuhalten und dass deren Ton rauer wird. Zumindest wird das sichtbarer: Was früher an der Kneipentheke besprochen wurde, gelangt heute oft sofort ins Netz, wo es sich unter den Bedingungen einer Semi-Anonymität verbreitet. Die Schroftheit, die da oft herrscht, kennen wir aus persönlichen Begegnungen eher nicht. Im Netz kann es schnell dazu kommen, dass die Würde des anderen nichts mehr gilt. Und irgendwann kann aus Entwürdigung Hass werden. Wir alle müssen solchen Kaskaden entgegentreten. Aber auch Konzerne wie Google und Facebook sind gefordert, dieses nicht zuzulassen. Sie müssen ihre Netzportale besser bewachen und überwachen, damit so etwas nicht passiert.

Natürlich bereitet das Thema Sorgen. Ich weiß von einer Kollegin, an deren Auto die Radmuttern gelöst wurden. Auch mit Drohungen gespickte Anrufe oder Briefe sind Teil unserer Realität. Unser Amt ist das eines Oberbürgermeisters, aber wir sind doch vor allem auch Bürgerinnen oder Bürger. Für einen historisch



Markus Lewe

kleinen Zeitraum der Geschichte einer Stadt haben Wählerinnen und Wähler uns Vertrauen geschenkt, nicht mehr und nicht weniger. Ich frage mich manchmal, wie es uns in Zukunft gelingen wird, Menschen zu gewinnen, die bereit sind, sich in der Politik zu engagieren, und die dabei ein gewisses Wertege-

rüst, eine gewisse Ausgeglichenheit und Offenheit mitbringen. Gefragt sind nicht Machos, sondern Leute, die wirklich für die Bürgerinnen und Bürger da sind, die ein offenes Ohr haben und das auch aushalten können. Ich glaube, dass wir darum in Zukunft werben müssen.

Martina Blasberg-Kuhnke: Und wie lassen sich mehr junge Leute mit Migrationshintergrund für solche Prozesse gewinnen, nämlich sich in der Politik zu engagieren, sich einzusetzen für den Wertekanon des Grundgesetzes, zu dem auch Gleichberechtigung gehört?

Markus Lewe: Diese jungen Leute gewinnen wir genauso wie diejenigen ohne Fluchthintergrund. Man muss ihnen zuhören und ihnen klarmachen, dass sie etwas zu sagen haben, z.B. mit der *Fridays for Future*-Bewegung. Wir sollten froh darüber sein, dass sich junge Menschen engagieren und ihre Sorgen zum Ausdruck bringen. Man muss nicht gleich deren Meinung teilen, man sollte sich aber damit auseinandersetzen und eine Haltung dazu entwickeln. Tun wir Älteren das nicht, werden wir dies auch bei geflüchteten jungen Menschen nicht erreichen. Es ist eine Frage der demokratischen Kultur, in der es neue Formen der medialen Kommunikation gibt und junge Menschen, die eben auch in Sorge sind. Die jungen geflüchteten Menschen können viel leichter die deutsche Sprache lernen, als die Skeptiker glauben. Schon oft bin ich mit geflüchteten Familien zusammenge-

kommen, wo Kinder im Alter von acht, neun Jahren die Gespräche übersetzt haben. Kinder sind hervorragende Vermittler und in der Lage, eine andere Kultur schnell aufzufassen. Deswegen möchte ich hier nicht so streng zwischen Geflüchteten und nicht Geflüchteten trennen. Es gehört auch zu unserer demokratischen Kultur, dass wir in unserer Stadt bei der Europawahl statistisch die jüngste Beteiligung hatten und der Stimmanteil der AfD nur 4% betrug – wie auch bei der Bundestagswahl. Diese Protestbewegung am rechten Rand fand in Münster einfach nicht statt. Wir sind zwar eine ›Friedensstadt‹, aber bei uns wird nach Kräften politisch ›gekekelt‹. Es gibt drei Milieus: einmal die christlichen Kreise, dann die Szenen, die in der Friedens- bzw. Alternativbewegung entstanden sind, und das klassische liberale Bürgertum. Aber wenn es um Rechte von Minderheiten geht oder um grundsätzliche Dinge des menschlichen Miteinanders, halten alle zusammen und demonstrieren zusammen. Es ist großartig, dass dann für das Miteinander demonstriert wird, statt für Ideologien – für Europa, für Vielfalt und nicht immer nur gegen etwas. Nein – wir sind *für* etwas.

Martina Blasberg-Kuhnke: Die Frage nach der Integration in den Arbeitsmarkt würde ich gerne noch einmal ansprechen. Herr Groß, häufig wird gesagt, dass die geflüchteten Menschen gebraucht werden, dass Zuwanderung und Migration helfen kann, unseren Fachkräftemangel zu beheben. Nun hat sich aber gezeigt, dass Integration in den Arbeitsmarkt viele Fallen und Tücken hat. Welche Rahmenbedingungen muss man schaffen und welche rechtlichen Möglichkeiten sind gegeben für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchteten in den Arbeitsmarkt?

Thomas Groß: Unser Aufenthaltsrecht teilt die ausländische Bevölkerung in sehr unterschiedliche Gruppen ein. Grundsätzlich gelten seit mehr als zehn Jahren sehr großzügige Regelungen für alle, die einen akademischen Abschluss haben. Dabei wird strikt geprüft, ob die im Ausland erworbenen Abschlüsse wenigstens ungefähr denen entsprechen, die man in Deutschland machen kann. Daneben gibt es häufig die Möglichkeit von Nachqualifikation. Das muss aber auch finanziert werden. Jüngst wurde eine weitere Öffnung im Segment von Berufen beschlossen, für die eine Berufsausbildung vorgeschrieben ist, kein akademischer Abschluss. Auch da gibt es das Problem der Gleichwertigkeit. Nun soll es die Möglichkeit geben, mehrjährige Berufserfahrung in anderen Ländern als gleichwertig anzusehen gegenüber einem Abschluss in unserem dualen Berufsbildungssystem, das in anderen Ländern nicht existiert. Relativ leicht haben es anerkannte Flüchtlinge, wenn die übrigen Voraussetzungen stimmen. Weitgehend ausgeschlossen vom Arbeitsmarkt ist die große Gruppe der nicht anerkannten Flüchtlinge. Viele leben schon zum Teil seit Jahrzehnten hier. Und auch diejenigen, die in den letzten Jahren gekommen sind, werden wohl für längere Zeit hierbleiben. Ihnen stehen nach

wie vor sehr hohe gesetzliche Hürden für eine Integration in den regulären Arbeitsmarkt im Wege, weil das Ziel der Abschreckung zukünftiger Flüchtlinge höher gewichtet wird als das schon hier vorhandene Potenzial. Es geht dabei häufig um Menschen, die schon gut Deutsch sprechen oder sogar eine Ausbildung absolviert haben. Die Rechtslage auf Bundesebene ist da ambivalent oder vielleicht sogar widersprüchlich.

Publikum: Wie erklärt sich eigentlich die bei uns bestehende riesige Diskrepanz zwischen der Verhinderung von Einwanderung durch Abschiebung einerseits und der ursprünglich starken ›Willkommenskultur‹ andererseits? Lässt sich dieser Widerspruch auflösen?

Thomas Groß: Betrachtet man rechtsvergleichend die Regelungen traditioneller Einwanderungsländer wie Kanada, der USA, Australiens oder vieler südamerikanischer Länder, stellt man fest, dass keines dieser Länder seine Grenzen für Zuwanderer offen hält und jeden hineinlässt. Alle diese Länder entscheiden darüber nach eigenen Kriterien. In den USA ist das Hauptkriterium die Familienzusammenführung, in Kanada ist es stärker die Eignung für den Arbeitsmarkt. Zum Teil kommen auch kulturelle Faktoren zum Tragen, wobei die Grenze zum Rassismus teilweise fließend ist. Alle diese Länder haben auch quantitative Beschränkungen. Es wäre ein gewagtes gesellschaftliches Experiment, wenn man auf solche Formen der Kanalisierung verzichten wollte.

Publikum: Ich möchte das Augenmerk auf diejenigen Asylbewerber richten, die keine Bleibeperspektive haben. Viele von ihnen werden deshalb wohl kein Interesse an Teilhabe, Selbstorganisation oder Partizipation haben. Wäre es nicht aber sinnvoll, diesen Menschen trotzdem zu ermöglichen, eine Berufsausbildung zu absolvieren, damit sie in ihren Heimatländern mit diesem Beruf arbeiten können?

Publikum: Herr Lewe, Sie vertreten eine Partei, die die Städte zu dem gemacht hat, was sie heute sind: Menschen, die weniger haben, werden verdrängt, keiner kann mehr die Mietpreise bezahlen. Wie wollen Sie eine Balance schaffen für diejenigen, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind?

Markus Lewe: Bis auf fünf Jahre hat in meiner Stadt stets die CDU die Stadtentwicklung gesteuert und noch immer die Balance hergestellt zwischen Tradition und Zukunft. Und sie ist immer dem Grundsatz gefolgt, Politik aus christlicher Verantwortung zu machen und ein Wertegerüst zu bauen, aufgrund dessen genau das gelingt. Wenn das anders wäre, hätten wir bedeutend größere Probleme. In unseren Städten gibt es unterschiedliche Gründe für die jeweiligen Entwicklungen. Zentral aber ist tatsächlich die Frage, wie wir mit dem knappen Gut Wohn-

raum umgehen. Gelingt es uns, die Balance zwischen gemeinwohl- und handelsorientierter Immobiliennutzung zu halten? Die Antwort ist Teil der sozialen Marktwirtschaft, mit der wir leben. Und ein Teil der Subsidiarität ist die Frage, ob es gelingt, Räume und Orte zu bilden, Vertrauensräume zu schaffen, in denen neue Zuwanderer zusammenkommen und sich erst einmal selber organisieren – und so auch der Kommune viel Arbeit abnehmen können.

Zur Frage nach einer möglichen Ausbildung: Unser Ausländerrecht und das Asylrecht sind teilweise schwer erklärbar. In der öffentlichen Wahrnehmung dominieren Einzelfälle: Da gibt es geflüchtete Menschen, Asylbewerber, deren Nöte unmittelbar einsichtig sind. Aber es gibt auch einen anerkannten Asylananten mit elf verschiedenen Identitäten, der durch Kriminalität auffällt und dennoch hier bleibt. Dann hören wir von der Abschiebung einer Familie mit drei Kindern, hochintegriert, die Frau ist als Krankenschwester tätig, sie leben schon ein paar Jahre hier. Manche Entscheidungen bleiben da einfach unverständlich. Diese Frage ist allein kommunal nicht zu lösen. Natürlich versuchen wir schon heute, dazu beizutragen, dass Geflüchtete, wenn sie denn abgeschoben werden, in ihren Herkunftsländern bei uns gewonnene Qualifikationen nutzen können. Wir müssen uns – auch als Deutscher Städtetag – darüber Gedanken machen, wer hierherkommt. Das sind oft Akademiker und Menschen, die in ihren Herkunftsländern gebraucht werden. Wir machen es uns in Europa zu leicht und denken zu wenig darüber nach, was wir zur Bekämpfung von Fluchtursachen beitragen können. Der Neubau einer Schule in Afrika kostet etwa so viel wie die Jahresbetreuung eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings bei uns. Die Anstrengungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit müssen wieder mehr in den Vordergrund gestellt werden. Das ist – neben der Bekämpfung des Klimawandels – eine internationale Herausforderung.

Dirk Hilbert: Ich sehe oft, dass bei vielen, die keine Bleibeperspektive haben, das Engagement, eine Ausbildung zu beginnen, größer ist als bei anerkannten Flüchtlingen. Denn damit verbinden sie die Hoffnung, vielleicht doch noch eine Bleibeperspektive zu erhalten.

Zur Entwicklungshilfe: Wir haben in unserer afrikanischen Partnerstadt über unsere Hilfsorganisation eine Schule mit Sanitäreinrichtungen und Schulbänken ausgestattet. Die Kosten betragen 160.000 Euro. Dort werden 1.200 Schüler in zwei Schichten unterrichtet. Wir werden auf diesem Weg weitergehen. Es gibt eine tolle Band in unserer Stadt, die von *Ezé Wendtoin*, einem aus Burkina Faso stammenden Träger des Dresdener Kunstpreises, mitgeprägt wird. Eine Hilfsaktion dieser Band haben wir unterstützt, indem wir versprochen haben, jeden privat gespendeten Euro zu verdoppeln. Innerhalb von wenigen Tagen kamen so 25.000 Euro zusammen. Das ist der Grundstock für eine Schule, die in Burkina Faso entstehen wird.

Martina Blasberg-Kuhnke: Herr Lewe, wir tun ja oft so, als sei die Zuwanderung im Jahr 2015 gewissermaßen in einer ›Flüchtlingswelle‹ oder ›Woge‹ kulminiert. Jetzt sind wir demnach in der Phase der normalisierenden Integration, jetzt geht es um den ›langen Atem‹.

Kann nicht aber ganz schnell wieder eine Situation eintreten, in der aufgrund eines Konflikts viele Menschen in sehr kurzer Zeit zu uns kommen? Diese Möglichkeit erscheint in den Diskussionen fast tabuisiert ...

Markus Lewe: Die jüngere Geschichte zeigt, dass es das immer wieder gab. Denken wir an die Geflüchteten infolge des Jugoslawienkrieges oder an die Menschen aus Vietnam, die als *boat people* zu uns kamen. Sie sind heute bestens integriert, und Integration bleibt eine der großen Aufgaben. Wie gesagt: Die Durchmischung einer Stadt ist nichts Ungewöhnliches. Sie ist Bestandteil und Grundstruktur einer Stadt. Aber man muss darauf vorbereitet sein. Was uns 2015 so nervös gemacht hat, war, dass wir oft hinter den Ereignissen herliefen. Das darf nicht mehr passieren. Wir müssen in der Lage sein, schnell zu reagieren, zum einen durch die Sicherstellung der praktischen Voraussetzungen. Wir müssen aber auch politisch handeln, indem wir die Öffentlichkeit darauf vorbereiten. Und dann müssen wir uns den Herausforderungen stellen, wir können uns nicht verweigern. Schließlich müssen wir ehrlicherweise einräumen, dass wir in der Lage sind, unseren Wohlstand in Deutschland auch vor Ort zu teilen.

Martina Blasberg-Kuhnke: Herr Hilbert, an der Universität machen wir die Erfahrung, dass viele Schritte für die Integration von geflüchteten jungen Menschen in das Studium nötig sind. Derzeit sind bei uns etwa 40 junge Leute auf dem Weg ins ordentliche Studium. Sie können an einem Gasthörerprogramm teilnehmen und bereits Leistungspunkte erwerben. Dennoch können diese jungen Leute nicht am normalen studentischen Leben teilhaben. Weil sie nicht ordentlich eingeschrieben sind, können sie nicht in der Mensa zu Studentenpreisen essen, sie können unsere Bibliothek nicht zu unseren Bedingungen nutzen. Und sie können oft nicht zu ihren Lehrveranstaltungen kommen, weil sie nicht kostenlos den öffentlichen Nahverkehr nutzen können, wie reguläre Studierende. Wir haben jetzt mit Mühe einen Sponsor gefunden, der die jungen Leute mit 100 Euro im Monat so unterstützt, dass sie am normalen studentischen Leben teilnehmen können.

Tatsächlich habe ich den Eindruck, dass auch das Land Niedersachsen ein wenig den Gefallen am Thema Integration verloren hat. Ganz lange hatten wir Möglichkeiten, für die sprachliche Ausbildung der Lehramtsstudierenden in der Zusammenarbeit mit jungen geflüchteten Menschen Finanzmittel zu erhalten. Das läuft jetzt aus. So kommt es immer wieder zu Abbrüchen von Prozessen, die zwischen Land und Städten oder zwischen Land und Universitäten stattfinden. Ist das nicht alles politisch zu kurzatmig? Was würden Sie sich als Kommunalpolitiker

von Ihrem Land Sachsen und vom Bund wünschen, um eine Verstetigung, Sicherheit und Nachhaltigkeit für das zu erreichen, was Sie in Ihrer Stadt begonnen haben?

Dirk Hilbert: Zu allererst wünsche ich mir einen gewissen Pragmatismus im Umgang mit Regeln, die wir uns ja meist selbst gestellt haben. Diese Regeln können wir auch selber gestalten.

Gerade die jungen Menschen, die zu uns gekommen sind, lernen unwahrscheinlich schnell die Sprache. Und so ist die Integration in den Arbeitsmarkt, wie ich glaube, überhaupt kein Problem, ebenso wenig wie eine Ausbildung oder ein Studium zu absolvieren und auf diesem Weg in den Arbeitsmarkt zu finden. Deutlich schwieriger haben es die Älteren. Bei ihnen kann es drei Jahre dauern, bis sie ein Sprachniveau erreichen, das für eine Ausbildung notwendig ist. Dann gehen insgesamt fünf, sechs Jahre ins Land, bevor sie vielleicht Geld verdienen. Diese Aussicht ist wenig attraktiv. Deswegen müssen wir darüber nachdenken, ob unsere bisherigen Regeln und Instrumente wirklich sinnvoll sind. Das Beispiel unserer ausländischen Mitbürger vietnamesischer Herkunft ist sprechend: Sie haben sich selbst organisiert und ihre Nische gefunden. Von rund 1.600 vietnamesischen Mitbürgern sind ca. 700 selbstständig tätig, besonders im Obst-, Gemüse- und Blumenhandel sowie in der Gastronomie. Ob sie zuvor entsprechende Sprach- oder Integrationskurse erfolgreich absolviert und eine Berufsausbildung gemacht haben, sei dahingestellt. Rein behördliche Maßnahmen sind oft wenig wirksam. Deswegen suche ich den Kontakt zu den *Communities*, um Nischen zu identifizieren, die für die jeweilige Gruppe praktikabel sein können. Beispielsweise sind Zuwanderer aus Eritrea und Somalia nach meinem Eindruck gut dafür geeignet, im Bereich Pflege den bestehenden Bedarf zu decken. Andere Gruppen sind dafür überhaupt nicht geeignet.

Man muss sich ein Stück weit in den anderen Kulturkreis hineindenken, um zu verstehen, wie und mit welchem kulturellen Hintergrund ein neuer Mitbürger selber Erfahrungshorizonte hat, wo er sich entsprechend einbringen kann, wo er sich auch wohlfühlt. Das heißt nicht, dass die genannten Volksgruppen alle denselben Beruf lernen müssen. Aber sie können sich sehr wohl eigene Nischen erschließen, die ihnen noch stärker ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Publikum: Ich möchte die Referenten fragen, wie sie unsere Osnabrücker Aktivitäten bewerten: Wir haben christliche Kindergärten in Osnabrück mit mehrheitlich muslimischen Kindern und muslimischen Mitarbeiterinnen. Wir haben eine Drei-Religionen-Schule, in der christliche, jüdische und muslimische Kinder absolut gleichberechtigt vertreten sind. Wir haben eine Schule in der Dodesheide mit über 50% Hartz-IV-Empfänger-Eltern und Schülerinnen und Schülern aus 30 verschiedenen Nationen. Dort engagieren sich 150 Frauen und Männer ehrenamtlich, um diese Kinder in Osnabrück zu integrieren. Und im Klinikum Osnabrück

kann ein junger Zuwanderer, ein 24-jähriger Syrer, ganz selbstverständlich eine Ausbildung zum Operationstechnischen Assistenten machen. Dort haben wir schon viele ausländische Ärzte und leisten damit einen Beitrag zur Integration.

Publikum: Was ist aber zu tun, wenn Integration nicht gelingt oder schon gescheitert ist? Dabei geht es oft um Menschen aus Familien, die schon in zweiter oder dritter Generation hier sind und noch immer kein Teil dieser Gesellschaft sind. Wie kann man es schaffen, dass diese Menschen auch in die Bürgerschaft und die Städte integriert werden?

Thomas Groß: Ich bin sicher, dass es eine klare Relation gibt zwischen dem Umfang und dem Erfolg kommunaler Integrationsbemühungen – davon gibt es in Osnabrück viele Beispiele – und dem Erfolg rechtsradikaler und rechtsextremer Parteien. Die Friedensstädte Osnabrück und Münster können das vielleicht belegen. Ich würde aber nicht sagen, dass es keine Probleme gibt. Aber auch deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger begehen Gesetzesverstöße oder Verbrechen, nicht nur ausländische. Im Übrigen gilt, dass man niemanden aufgeben soll, insbesondere die jüngeren Generationen darf man nicht aufgeben. Integration ist ein ständiger Prozess. Man kann weder stolz verkünden, dass wir damit Erfolg gehabt haben, noch die Bemühungen aufgeben. Beides wäre falsch.

Martina Blasberg-Kuhnke: Über den Integrationsbegriff mit seinen vielen Facetten und Herausforderungen ist wohl schwerlich letztes Einvernehmen zu erzielen. Es ist aber deutlich geworden, dass Integration ein tendenziell unabschließbarer Prozess ist. Ich hoffe, dass wir uns auf den Satz von UN-Generalsekretär *António Guterres* verständigen können, den er bei seiner Auszeichnung mit dem Internationalen Karlspreis zu Aachen gefunden hat: »Migranten zu Sündenböcken zu machen, ist eine Schande für das europäische Erbe«.

1 Vgl. Aladin El-Mafaalani: Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. 4. Aufl., Köln 2018.

2 Vgl. <https://www.muenster.de/stadt/kv/pdf/migrationsleitbild2008.pdf>.

3 Vgl. https://www.stadt-muenster.de/fileadmin/user_upload/stadt-muenster/13_zukuenfte/pdf/V_1063_2016_Beschlussvorlage.pdf.